

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Band: 101 (2021)
Heft: 1087

Artikel: Geradeaus ins offene Messer
Autor: Friedrich, Marc
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-958220>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Geradeaus ins offene Messer

Regierungen haben gewusst, dass Pandemien in einer globalisierten Welt unvermeidbar sind. Vorbereitet waren sie trotzdem nicht.

von Marc Friedrich

Der Ausbruch der Pandemie ist ein externer Schock und wurde von vielen als schwarzer Schwan bezeichnet – als ein völlig überraschendes und unwahrscheinliches Ereignis, das die Menschheit überrumpelt. Doch eine Pandemie wie Covid-19 kam alles andere als überraschend. Eigentlich ist sie nämlich ein weisser Schwan, eine erwartbare und vorprogrammierte Krise.

Wir leben in einer globalisierten Welt: Es war klar, dass über Land, Luft oder Wasser jedes Virus, egal wie gefährlich, egal wo entsprungen, es zu uns schaffen würde. Seit Jahrzehnten machen wir auch die Erfahrung, dass jedes Jahr eine neue Grippewelle grassiert – mal heftiger, mal weniger heftig. Klar, niemand konnte vorhersehen, wann eine Epidemie oder Pandemie eintreten würde. Es gab aber solide Prognosen, dass eine globale Pandemie-welle eigentlich überfällig sei.

Mehr noch: Einige Experten haben auf breiter Datenbasis vor ein paar Jahren sogar Szenarien simuliert, nach denen dafür ein Virus aus der Coronafamilie verantwortlich sein werde. Hierzu gab es in der Vergangenheit schon durchgespielte Szenarien sowie simulierte Pandemieübungen von verschiedenen Institutionen, die uns jetzt geradezu unheimlich erscheinen, weil sie ziemlich genauso eingetreten sind, wie in der Simulation vorweggenommen. Ein erstaunliches Beispiel finden wir in Deutschland: 2012 verfasste die deutsche Bundesregierung – unter der Federführung des Robert-Koch-Instituts – eine Risikoanalyse zur Pandemie-überbreitung. Das Szenario behandelte sogar den richtigen Virusstamm: Die Bundesregierung probte den Ausbruch eines Erregers des Typs SARS-Coronavirus. Die Bundesregierung schien sich bewusst zu sein, was auf sie zukommen könnte.

Eine Frage drängt sich auf: Wenn die Verantwortlichen diese Szenarien doch bereits national und international mehrfach durchexerziert haben, und das sogar mit dem richtigen Virusstamm, wieso wurden dann keine Vorkehrungen getroffen? Wieso war man dermassen unvorbereitet? Wieso das aberwitzige Versagen auf breiter Front? Wieso Analysen machen, wenn man dann daraus keine Konsequenzen zieht?

Kolossales Politikversagen

Vulkanologen können auf Basis ihrer Beobachtungsdaten prognostizieren, dass ein Vulkan in naher Zukunft ausbrechen wird –

aber nicht, wann genau. Bei schweren Erdbeben infolge der Plattentektonik ist es das Gleiche. Daher ist auch die eigentliche Frage immer die gleiche: Wie gut ist eine Gesellschaft, die Menschheit als Ganzes auf die Folgen solcher externen Schocks vorbereitet? Und auch die Antwort ist jedes Mal erschreckend ähnlich: nicht besonders gut. Das gilt auch für den Ausbruch der Pandemie in Deutschland: Statt gleich nach dem Bekanntwerden des Ausbruchs in China die Grenzen zu schliessen, Einreisende zu testen, Flüge aus China zu unterbinden oder wenigstens die Passagiere in Quarantäne zu setzen, hat die Bundesregierung das Virus im Frühjahr 2020 noch heruntergespielt. Als die ersten Fälle im Land auftauchten, riet man von einer Maskenpflicht noch ab. Wenig später kam sie dann doch. Benötigte man etwa Zeit, um die richtigen Deals einzufädeln?

So leger die Bundesregierung noch kurz zuvor mit Corona umging, so energisch zog sie Ende März mit dem ersten harten Lockdown die Notbremse. Den Bürgern wurde im letzten Sommer von der Politik versichert, dass sie keinen zweiten Lockdown verhängen würde und sich diesen ohnehin gar nicht leisten könne – doch bereits im November hielt diese Aussage nicht mehr stand. Seither sitzt Deutschland im ewigen Dauerlockdown. Wie es so weit kommen konnte? Die Regierung hat die wertvolle Zeit im Sommer nicht genützt, um lang- und mittelfristige Strategien zu entwickeln: Weder hat man genügend Impfdosen geordert noch Teststrategien oder einen Plan entwickelt, wie man die Risikogruppen sinnvoll schützen könnte. Einen Öffnungsplan für Geschäfte oder eine Idee, wie man in Schulen wieder die Schüler unterrichten könnte? Fehlanzeige! Die Politik hat den Sommer verschlafen. Und das allen Planspielen zum Trotz, die zeigten, dass Pandemien uns in der Vergangenheit immer in mehreren Wellen heimsuchten.

Das Versagen der Berufspolitiker während der Pandemie ist kolossal. Es reiht sich aber leider in das Gesamtbild der letzten Jahre ein: Bei jeder Krise mussten wir ein Scheitern der Politik über uns ergehen lassen. Egal ob Finanz-, Euro-, Griechenland-, Flüchtlings- oder Coronakrise: Auch die Europäische Union hat ein weiteres Mal unter Beweis gestellt, dass sie in ihrer bestehenden Verfassung nicht funktioniert. Sie muss entweder radikal reformiert oder aufgelöst werden. Die Pandemie offenbart, wie fragil unser für sicher und stabil geglaubtes System eigentlich ist. Und wie viel



«Die Pandemie offenbart, wie fragil unser für sicher und stabil geglaubtes System eigentlich ist.»

Marc Friedrich

Marc Friedrich, zvg.

Inkompetenz, Vetternwirtschaft, Egoismus, Korruption und Spaltung sich in den vergangenen Jahren breitgemacht hat.

Die Zukunft wird dezentral

Ein bisschen leben wir alle nach dem neapolitanischen Modell – und damit meine ich jetzt nicht die Mafia! Die Neapolitaner wissen eigentlich ganz genau, dass sie auf einem explosiven Vulkan leben. Aber sie tun so, als würde der Vesuv zu ihren und den Lebzeiten ihrer Kinder unter keinen Umständen ausbrechen. Auch die Bewohner der kalifornischen Küste wissen, dass sie einen der dynamischsten Wirtschaftsräume der USA genau auf die Kante zweier Erdplatten gesetzt haben. Aber es ist eben über 100 Jahre her, dass es da bei einem verheerenden Erdbeben zum letzten Mal so richtig katastrophal gerumpelt hat. Die Verwerfungen unserer Weltwirtschaft, erst recht unserer Finanzsysteme, treten freilich in sehr viel kürzeren Zeitabständen zutage. Trotzdem tun wir so, als würde es nie zu Ausbrüchen und Beben kommen. Wir müssen endlich aus der Vergangenheit lernen und die Fehler im System sofort radikal angehen, anstatt sie in die Zukunft zu verschieben, wo sie sich immer weiter auf türmen und immer mehr an destruktiver Kraft hinzugewinnen.

Mein Vorschlag: ein neues Geldsystem, ein neuer verbindlicher Gesellschaftsvertrag, ein menschliches Wirtschaftssystem und ein komplett neues Politikwesen. Durch den technischen Fortschritt, die Digitalisierung und die künstliche Intelligenz können wir Menschen in Zukunft immer mehr Aufgaben an die Hochtechnologie abgeben: Die KI kann ohne Emotionen oder Korruption anhand von Daten und Fakten objektivere Entscheidungen treffen. All das könnte man transparent auf der Blockchain abbilden und für alle einsehbar machen. Wir könnten in Zukunft über jede Entscheidung via Internet abstimmen, sei es über einen Brückenbau, den Ausbau einer Strasse oder den neuen Kindergarten. Der Politik könnten moderne Technologien endlich beisteuern, was ihr offenbar immer mehr fehlt: Weitsicht, Entscheidungsfreude, Integrität und vor allem Intelligenz. Die KI könnte Vorschläge machen und parallel die Politiker überwachen. Würde sich die Politik trotz den Empfehlungen der KI für den Alleingang entscheiden, dann müsste sie ihr Abweichen begründen und für allfällige Fehlritte haften.

Ich bin für radikale Dezentralität, denn sie würde das System stabiler und nachhaltiger machen. Die Zukunft ist dezentral: im Geldwesen (mit Bitcoin), in der Gesellschaft (durch mündige Bürger und direkte Demokratie) und in der Politik (durch Föderalismus, KI und Blockchain). ◀

Marc Friedrich

ist Ökonom, Autor mehrerer Bestseller und einer der bekanntesten YouTuber im deutschsprachigen Raum. Er studierte internationale Betriebswirtschaftslehre und arbeitet heute als unabhängiger Investmentexperte für Bitcoin und Sachwerte. Neu von ihm erschienen: «Die grösste Chance aller Zeiten» (FinanzBuch-Verlag, 2021). Web: friedrich-partner.de.

Zahl des Monats



Tonnen CO₂ wurden 2019 in der Schweiz pro Kopf emittiert. Unter den hinsichtlich des materiellen Wohlstandes mit der Schweiz vergleichbaren EU-15-Ländern findet sich nur ein Land, in dem die CO₂-Emissionen etwas niedriger ausfielen: Schweden mit 4,3 Tonnen pro Kopf. In Deutschland (8,4) und Österreich (7,7) wurde deutlich mehr CO₂ pro Kopf ausgestossen. Die niedrigen Emissionswerte der Schweiz sind unter anderem auf den verschwindend geringen Anteil der fossilen Energieträger Öl, Kohle und Gas an der Stromerzeugung zurückzuführen. Ähnlich verhält es sich in Schweden, wo ebenfalls Wasserkraft und Kernenergie dominieren und die Fossilen mit 2 Prozent einen kleinen, aber doppelt so hohen Anteil wie in der Schweiz ausmachen. Selbst in Frankreich (5 Tonnen pro Kopf), das für seine Atomkraftstrategie bekannt ist, kommen die fossilen Energieträger auf knapp 10 Prozent. Pro Kopf fallen die CO₂-Emissionen in ölproduzierenden Ländern am höchsten aus, gefolgt von Australien, den USA, Luxemburg und Kanada mit jeweils über 15 Tonnen pro Kopf und Jahr. Das Bild der CO₂-sparsamen Schweizer trägt jedoch. Die Importe in die Schweiz sind CO₂-intensiv, die Exporte CO₂-arm. Werden die gesamten bei der Produktion der im Land konsumierten Güter anfallenden Emissionen zugrunde gelegt, erhöhen sich die Werte für die Schweiz um mehr als den Faktor drei auf über 14 Tonnen pro Kopf. Konsumbasiert steigen auch die CO₂-Emissionen der anderen Länder Europas, aber nirgends fällt der relative Anstieg so hoch aus wie in der Schweiz. Nur Luxemburger haben konsumbasiert einen grösseren CO₂-Fussabdruck als die Schweizer. Am 13. Juni stimmen die Stimmberechtigten über das CO₂-Gesetz ab. Es adressiert den direkt auf Schweizer Boden erfolgenden Schadstoffausstoss. Über zwei Drittel der von Schweizern «konsumierten» CO₂-Emissionen bleiben von dem Gesetzesvorhaben also unberührt. Das ist eine besondere Erinnerung daran, dass aus der Perspektive einzelner Länder und Regionen das relevante Ausmass globaler Treibhausgasemissionen stets vor allem durch das Verhalten von Menschen im Rest der Welt determiniert wird.

Alexander Fink ist Ökonom und arbeitet am Institut für Wirtschaftspolitik der Universität Leipzig und ist Senior Fellow am Institute for Research in Economic and Fiscal Issues – IREF.